

Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen



Jürgen Grässlin ist der wohl bekannteste Gegner von Rüstungsindustrie und -exporten. Er ist parteilos und Träger vieler Preise, u.a. des „Aachener Friedenspreises“ (2011). Der Autor zahlreicher Bücher veröffentlichte 2015 „Netzwerk des Todes“ (ISBN: 978-3-453-20109-5; EUR 16,99).

Seine Website www.juergengraesslin.com ist hochinteressant.

Foto: Eckhard Griebel

Jürgen Grässlin war in Suhl. Er gehört zu den ganz Mutigen in unserem Land, die beharrlich aufdecken, wie unsere Wirtschaft und Behörden in illegalen Waffenhandel verstrickt sind. Das „Schwarzbuch Waffenhandel“ ist von ihm. Er schrieb mit einem Autorenteam zusammen „Netzwerk des Todes“. Oft beteiligt er sich an Podiumsdiskussionen. Er hat unzählige Prozesse „am Hals“, alle aber bisher gewonnen. Jetzt geht er in die Offensive. Er provoziert nicht die Klagen der Firmen gegen ihn. Er klagt gegen diese, wenn sie in illegale Waffenexporte eingebunden sind. Das tut er aber nur, wenn es ausreichend sachliche Beweise für seine Vorwürfe gibt. Seine Recherchen haben Hand und Fuß. Man kann von ihm sehr viel lernen. So hat er den Zuhörern am Vortragsabend in der Kulturbaustelle detailliert nachgewiesen, dass Waffen in Krisengebiete aus unserem Land und von unseren Firmen geliefert werden. Profitstreben setzt sich immer über Moral hinweg. Es findet Hintertüren und Ausnahmeregelungen, um Gesetze zu umgehen. Selbst Bundeswehroffizieren ist inzwischen klar geworden, dass militärische Gegner

deutsche Waffen verwenden. 2015 stiegen die Waffenexporte um das Doppelte gegenüber dem Vorjahr an. Die Waffenproduktion ist lukrativ für Arbeitgeber wegen der Gewinne und für die Arbeitnehmer wegen der hohen Löhne.

Die Flüchtlinge kommen aus Krisengebieten. Sie sind die Opfer solcher schlimmen Praktiken. Die anschließende lebhafteste Diskussion an dem Abend mit Jürgen Grässlin berührte schnell unser Negative Image als Waffenstadt. Wir als Suhler Bürger haben dadurch eine besondere Verantwortung und können uns nicht wegstellen. In Jena gibt es bereits eine Initiative „Trägerkreis Rüstungskonversion Jena“ (<http://jena-entruestet.de>), die sich für eine Entmilitarisierung von Wirtschaft und Forschung engagiert. 84 % der Bevölkerung sind gegen Waffenexporte. Aber nur wenige Bürger schließen sich der Friedensbewegung an. Unsere Suhler Friedensinitiative ist inzwischen 25 Jahre alt geworden. 1991 erklärte der Stadtrat Suhl zur „Stadt des Friedens“. Da gibt es noch sehr viel zu tun.

Er kann es nicht lassen

Aus Thüringen wird niemand nach Afghanistan abgeschoben, weil das die Sicherheitslage in dem Land nicht zulasse, sagte Minister Dieter Lauinger. „Das bringt den Südhüringer Bundestagsabgeordneten Mark Hauptmann (CDU) schwer in Rage. Lauinger widerspreche ... der Einschätzung der Bundesregierung, er hintertreibe mit so einem „verheerenden Signal“ auch die deutschen Wiederaufbaum Bemühungen in Afghanistan.“ (TLZ-Online 19.02.2016) Sicherheit und Aufbau in Afghanistan sind eine Fiktion, um sich der Verantwortung für die zu uns geflohenen, an Leib und Leben bedrohten Menschen zu entledigen. Hauptmann kann einfach nicht auf Statements und Forderungen verzichten, die bei kritischer Sicht als realitätsfern erscheinen müssen. Dass Hauptmann mal so und mal so redet, ist bekannt, auch das kann er nicht lassen. Während er Suhl gerne schlecht redet, lobt er die Stadt auch mal hinsichtlich ihrer kulturellen Möglichkeiten (in-suedthueringen.de 20.02.2016). Gern stellt er auch Behauptungen auf, die keiner Prüfung Stand halten, wie z.B. „Es erfüllt mich... mit Sorge, dass sich der Freistaat Thüringen offensichtlich auf dem Rücken der Kommunen finanziert....Die schwarze Null im Bundeshaushalt, geht jedenfalls nicht zu Lasten der Kommunen!“. Dass die Landesregierung mit einer großen Finanzspritze dafür gesorgt hat, dass Suhl 2015 einen geordneten Haushalt aufstellen konnte, erwähnt er nicht, ebenso wenig, dass die kommenden Generationen durch die Politik der „schwarzen Null“ eine marode kommunale Infrastruktur erben werden!

- ECKHARD GRIEBEL -

Zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Suhl – manchmal muss man auch „Erbse zählen“

Gerd Beck hat einerseits Recht, wenn er in seinem Leserbrief in der letzten SAZ schreibt, dass sehr viel Geld an einen externen Berater für ein Ergebnis gezahlt wurde, das eigentlich vorher schon erkennbar war. Als Fraktion sagen wir aber heute, dass es richtig war, diesen Auftrag so auszulösen. Der Prophet im eigenen Haus zählt nun einmal wenig.

Dieses Gutachten wurde von der Kommunalaufsicht akzeptiert. Weil der Fehlbetrag auch die Kompetenz der Kommunalaufsicht übersteigt, haben wir Terminaufschub für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes erhalten. Hier müssen politische Lösungen getroffen werden – das ist die Aussage des Landesverwaltungsamtes.

Unsere Stadtratsfraktion hat sich darauf verständigt, sich mit einem Brief an unseren Ministerpräsidenten zu wenden, in dem wir auf die Haushaltssituation in Suhl nochmals nachdrücklich aufmerksam machen wollen.

Zugleich werden wir uns mit den Vorschlägen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beschäftigen. Das wollen wir aber auch mit Blick auf die anstehende Gebietsreform tun.

So werden wir nicht umhin kom-

men, der Forderung der Verwaltungsvorschrift, die den Erhalt von Bedarfszuweisungen regelt, nachzukommen. Da wir mit der Aufgabe der Kreisfreiheit für Suhl rechnen, wollen wir aber auch mit der dann gültigen Vergleichsgruppe messen.

Um zukünftig Geld zu sparen, muss man oft erst welches in die Hand nehmen. Wir werden aber kein Geld ausgeben für Aufgaben, die bei Wegfall der Kreisfreiheit nicht mehr in die Kompetenz der Stadtverwaltung fallen.

Weiterhin werden wir darauf drängen, dass die Fachausschüsse, Ortsbeiräte und Beiräte in die Entscheidungsfindung der Verwaltung mit einbezogen werden.

– REINER MIERSCH –

Aus der Fraktionssitzung vom 01.02.2016

Fast regelmäßig berät die LINKE-Fraktion im Suhler Stadtrat zum Stand der kommunalen Daseinsvorsorge, speziell zur Arbeit des Eigenbetriebes KDS (Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen Suhl). Der Anlass war diesmal der Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 und der Beitrag des Betriebes zum Haushaltssicherungskonzept. Der Wirtschaftsplan konnte bisher nicht vom Werksausschuss bestätigt und damit dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, weil ein deutlicher Fehlbetrag vorhanden war. Von den Werkleitern wurde aber eine solide Arbeit geleistet, diesen auszugleichen und damit 2016 stabil arbeiten zu können. Die Fraktion hat den Werkleitern des KDS, dem Geschäftsführer des Suhler Stadtbetriebes und auch dem Finanzdezernenten stellvertretend für alle Mitarbeiter den Dank ausgesprochen.

Wir sind uns bewusst, dass vor schnelle weitere Konsolidierungsversuche Grenzen haben, es sei denn, wir nehmen eine drastische Verschlech-

terung der Vorsorgeleistungen (Winterdienst, Straßensäuberung und Instandsetzung, Spielplätze...) in Kauf. Das will kein Bürger, die Fraktion natürlich auch nicht.

Wir sind uns bewusst, dass es immer einer Gratwanderung bedarf, einerseits vom Budget der Stadt auszugehen und Umlagen auf die Bürger nicht zu erhöhen und andererseits Leistungskürzungen auszuschließen. An die Adresse der Stadtverwaltung wurde dringend appelliert, überschüssige finanzielle Mittel auf Grund guten Wirtschaftens des SSB nicht für die Haushaltskonsolidierung abziehen, denn es muss die Möglichkeit erhalten bleiben, dass weitestgehend aus eigener Kraft investiert werden kann. Es ist z.T. erschreckend, welcher Investitionsstau sich ergeben hat, und der muss aufgelöst werden. Es kann nicht sein, dass für „antiquierte“ Fahrzeugtechnik eigentlich unverwertbare Summen für die Instandsetzung ausgegeben werden, um notwendige Arbeiten sicher zu stellen.

Mit dem von Rödel & Partner vorgelegten Konzept für ein weiterführendes Haushaltssicherungskonzept ist natürlich auch der Eigenbetrieb gefor-

dert. Umgesetzt werden solche Vorhaben, die letztlich die Effizienz des Arbeitens erhöhen, wie der konzentriertere Einsatz der Gemeindearbeiter, die Neustrukturierung der Werkstatkapazitäten. Nicht nachvollziehbar erscheint uns der Vorschlag, unter Einbeziehung der Feuerwehr einen zentralisierten Notruf zu etablieren. In der Fraktion wurde aber deutlich gemacht, dass natürlich auch von den Bürgern Vorschläge gemacht werden können und müssen. Es geht letztlich um unsere Stadt und ihre Bürger.

Vor uns steht die Planung und Realisierung einer Verwaltungs-, Struktur- und Gebietsreform. Die Fraktion hat den Eigenbetrieb darin bestätigt, sich auf dieses neue Umfeld rechtzeitig einzustellen. Bereits jetzt sollte man die „Fühler“ zu Nachbarn ausstrecken, um künftig die Chancen neuer Kooperationen zu nutzen. Im Mittelpunkt steht dabei ohne Zweifel die Zusammenarbeit mit Zella-Mehlis. Eine solche Reform muss für die Stadt und ihre Nachbarn Vorteile bringen. Dafür hat die Fraktion gemeinsam mit dem Eigenbetrieb bereits erste Gedanken konkret formuliert.

Es lohnt sich, partnerschaftlich mit dem Eigenbetrieb das Beste zu suchen.

Das Letzte bei Redaktionsschluss

„Unbekannte haben auf dem Baugelände einer Leipziger Moschee ein totes Schwein abgelegt. Auf dem Tier stand mit roter Farbe "Mutti Merkel" geschrieben, wie die Polizei mitteilte. Die Ermittler vermuten einen politisch motivierten Hintergrund. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.“ (SPON 25.02.2016 – 12:17 Uhr) Wo ein rassistischer Mob einen Bus mit Flüchtlingen belagert und wo eine ausländerfeindliche Bande eine Brandstif-

tung bejubelt, wo AfD-Hetzerinnen zum Gebrauch von Schusswaffen gegen Flüchtlinge und Kinder aufrufen, wo ein CDU-MP Tillich den Mob von Clausnitz mit der demokratischen Bürgerbewegung gegen das Projekt Stuttgart 21 gleich setzt, ist es kein Wunder, wenn eine derartige Provokation gegen alle Muslime und gegen alle Demokraten geschieht. Es wäre auch kein Wunder, wenn die (sächsischen) Ermittler gar keinen politisch motivierten Hintergrund fänden.

–EBE–

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, Preis: eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
 Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer April-Ausgabe 2016 ist am 18.03.2016.

Ist die Presse gleichgeschaltet?

Umfragen belegen, dass 44 Prozent der Bundesbürger davon ausgehen, dass Medien „von oben gesteuert“ werden und „geschönte und unzutreffende Meldungen“ bringen. Dagegen wehren sich die Chefredaktionen und behaupten, sie seien völlig frei in ihrem Tun und bekämen keinerlei Vorgaben „von oben“. Somit gäbe es auch keine Gleichschaltung. Natürlich gibt es in Deutschland keine Befehle „von oben“, wo einer festlegt, was geschrieben (oder gesendet) wird und was nicht. Woran liegt es aber, dass wir dieses untrügliche Gefühl haben, dass die Presse und die elektronischen Medien bei den großen politischen Themen mehr oder weniger das gleiche schreiben (oder senden)? Wie entsteht dieser Gleichklang?

Konzentration

Die Presse befindet sich vorwiegend in der Hand von vier Unternehmensgruppen. So besitzt beispielsweise „Die Südwestdeutsche Medien Holding GmbH“ Beteiligungen an 16 Tageszeitungen (u.a. Süddeutsche Zeitung, Auflage 380.000). Die Süddeutsche Zeitung wiederum ist an der Zeitungsgruppe Hof/Coburg/Suhl mit Regionalzeitungen in Nordbayern und Südthüringen (Frankenpost, Freies Wort, Neue Presse, Südthüringer Zeitung, Meininger Tageblatt) beteiligt. Diese Konzentration führt zu abnehmender Meinungsvielfalt (die kleineren Zeitungen einer Gruppe werden zunehmend von den großen mit Kommentaren, Interviews usw. beliefert), zu weniger Transportmöglichkeiten für Äußerungen der Opposition oder der Gewerkschaften und zu fehlenden Beschäftigungsalternativen für Journalisten. Rund die Hälfte der Journalisten arbeitet heute freiberuflich. Kritische Töne, vor allem alternative Diskussionen, gibt es praktisch nicht mehr. Wer kritisch ist, muss bei einer Entlassung damit rechnen, keinen Arbeitgeber mehr zu finden, weil es keine „unabhängigen“ Zeitungen mehr außerhalb von diesen Unternehmensgruppen gibt.

Abhängigkeit von Anzeigenkunden

Bei den rund 300 Regionalzeitungen führt die Abhängigkeit von den Anzeigenkunden zum „Tod des kritischen Journalismus“. Konzerne schalten dort Anzeigen, wo der Zeitgeist reflektiert wird. Wer sich nicht daran hält, verliert eine wichtige Ein-

nahmequelle.

Zeitgeist regiert

Journalisten unterliegen generell einem Zeitgeist oder Mainstream. Schon Johann Wolfgang von Goethe hat im Faust I die Wirkung des „Zeitgeistes“ so beschrieben: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ Heute prägt die Ideologie des Neoliberalismus den Zeitgeist. Es herrschen handfeste Kapitalinteressen vor. Zu fragen ist, wie gelingt es den Herrschenden, dass Journalisten das schreiben, was man von ihnen erwartet? Zum einen tragen die Spar- und Zeitwänge dazu bei, dass von bürgerlichen Mainstream-Instituten vorgefertigte Themen und Sichtweisen von sogenannten Leitmedien wie Spiegel Online, Bild Online u.a. ungeprüft übernommen werden. Die Linie der herrschenden Unternehmen in der BRD wird vor allem über die „hilfreiche“ Tätigkeit der Bertelsmann Stiftung, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) u.a. durchgesetzt! Meist nennen sich diese Leitlinien „Studien“, mit denen die öffentliche Diskussion in die gewünschte Richtung gelenkt wird.

Lobbyarbeit

Zum anderen werden gezielt durch Lobbygruppen Anreize und Karrierechancen gesetzt. In ihren sogenannten Netzwerken findet zwar keine Gehirnwäsche von Journalisten statt, aber wenn Chefredakteure in solchen Kreisen verkehren, muss man sich nicht wundern, wenn diese das schreiben und sagen oder durchsetzen, was in den Netzwerken zum guten Ton gehört, und wenn sie das weg lassen, was man dort nicht gern lesen oder hören möchte. Wer sich bewährt, der wird belohnt, z.B. mit Einladungen zu exklusiven Konferenzen, Zugang zu einflussreichen Interviewpartnern und mit der Aussicht auf Jobs im Umfeld der Netzwerke. Wenn so etwas über Jahrzehnte geschieht, dann entstehen irgendwann genau die Leitmedien, die wir heute haben. Und das Kuriose dabei ist, die betroffenen Journalisten halten sich selbst für völlig integer und unabhängig.

Verhaltenskodex

So wird die gelebte und erlebte Meinungsfreiheit nicht nur vom Grundgesetz (Artikel 5), sondern von

informellen Regeln, also nicht offiziellen, nachlesbaren Festlegungen bestimmter einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen (z.B. Bilderbergkonferenz), von spezifischen Festlegungen staatlicher und privater Institutionen (z.B. INSM, Bertelsmann Stiftung) und von den jeweils geltenden Grenzen von Anstand, Moral und Sittlichkeit bestimmt. D.h., dass der Zeitgeist oder die ungeschriebenen Regeln des Verhaltens (Verhaltenskodex), an denen sich eine gesellschaftliche Gruppe orientiert, im medialen Bereich wie eine Art Zensur wirken, was als zulässig oder nicht zulässig in der öffentlichen Meinungsäußerung gilt.

Eingeständnisse der Einflussnahme

Letztendlich gilt unter kapitalistischen Bedingungen: Wer die Musik bezahlt, der bestimmt, was gespielt wird. Nicht anders ist es bei den Öffentlich-Rechtlichen. Die langjährige freie Mitarbeiterin des WDR Claudia Zimmermann sagte im niederländischen Radio: „Wir sind natürlich angewiesen, einigermaßen, pro Regierung‘ zu berichten“. Daraufhin stand sie stark unter Druck, wiegelte ab und bezeichnete ihre eigene Aussage als „Quatsch“. Aber 14 Tage später sagte Wolfgang Herles, der frühere Leiter des ZDF-Studios Bonn und ehemals Chef der ZDF-Sendung Aspekte, bewusst und unmissverständlich: „Wir haben ja das Problem, dass... wir eine Regierungsnähe haben. Nicht nur dadurch, dass überwiegend so kommentiert wird, wie es der Großen Koalition entspricht, dem Meinungsspektrum, sondern auch dadurch, dass wir vollkommen der Agenda auf den Leim gehen, die die Politik vorgibt... Und es gibt tatsächlich... Anweisungen von oben... Die gab es auch zu meiner Zeit. Es gab eine schriftliche Anweisung, dass das ZDF der Herstellung der Einheit Deutschlands zu dienen habe und das ist was anderes, als zu berichten, was ist. Wir durften damals nichts Negatives über die neuen Bundesländer sagen. Heute darf man nichts Negatives über die Flüchtlinge sagen. Das ist Regierungsjournalismus und das führt dazu, dass Leute das Vertrauen in uns verlieren. Das ist der Skandal.“ (DLF 29.1.2016)

„Die Perspektiven nachhaltiger Entwicklung für Thüringen“

So lautete das Thema einer fraktionsübergreifenden Fachkonferenz des Thüringer Landtages. Der Einladung der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren rund 130 Teilnehmer/-innen gefolgt. Die Konferenz, die mit einer gemeinsamen Mitteilung der Pressesprecher der genannten Fraktionen endete, unterstrich die spezifische Sicht der einzelnen Fraktionen auf das Thema Nachhaltigkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung des Freistaates.

Der Sprecher der CDU-Fraktion Stefan Gruner hob hervor, dass Thüringen nicht nur eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik brauche, sondern vor allem eine „nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik, die auf neue Schulden verzichtet und kontinuierlich auf Schuldenabbau setzt. Diese Entwicklung muss durch eine Schuldenbremse in der Landesverfassung unumkehrbar gemacht werden.“ Diese Forderung der CDU ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Oder sollte es etwa dem Interesse nachfolgender Generationen entsprechen, wenn wir ihnen durch kurzsichtiges Sparsamkeitsdenken kaputte Schulen, marode Straßen,

einen Mangel an Fachkräften, zu wenig Lehrer und Ordnungskräfte und handlungsunfähige, weil finanziell notleidende Kommunen hinterlassen?

Jeder gebildete Volkswirtschaftler wird bestätigen, dass Generationengerechtigkeit vor allem Investitionen in die gesellschaftliche Infrastruktur erfordert, die der Produktivitäts- und Effizienzsteigerung der Gesellschaft dienen. Der Staat muss zuerst mehr Geld ausgeben, bevor er mehr einnehmen kann. „Ein Haushaltsdefizit (mehr Ausgaben als Einnahmen) ist also völlig unproblematisch, solange dadurch die Gesamtwirtschaft (und damit auch die Steuereinnahmen und der Staatshaushalt) schneller wachsen als die Schulden. ... Staatsschulden sind und bleiben ein wichtiges Instrument, um Kosten für langfristige Investitionen über einen längeren Zeitraum zu strecken“, so weist der stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Axel Troost nach. Wer wie die CDU auf dieses wichtige Instrument verzichtet, beschneidet mit Absicht die Handlungsfähigkeit des gegenwärtigen Staates für die Zukunft der Gesellschaft.

-KARLHEINZ WALTHER-

Termine März 2016

Mo	07.03.	13.00 Uhr	Frauentagsveranstaltung mit Verleihung des Frauenpreises der Thüringer LINKEN, Erfurt, Rathaus
Mo	07.03.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
Di	08.03.	10.00 Uhr 15.00 Uhr	Internationaler Frauentag, Frauenfrühstück, Geschäftsstelle Landtagsabgeordnete im Thüringer Landtag Ina Leukefeld lädt recht herzlich zum Frauentagskaffee mit „Frauengeschichten“ ein. Anschließend Filmvorführung „AUGENBLICKE“, (Kurzfilme). Männer sind natürlich ebenso herzlich willkommen Zella-Mehlis, Gaststätte „Zum Schotten“ / Kino in der Schauburg
Do	10.03.	20.00 Uhr	Gysi und Schorlemmer: Lesung: „Was bleiben wird...“ CCS, Saal Simson
Fr	11.03.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück mit Inge Hannemann, Bildungseinrichtung wbm, W.-Seelenbinder-Str. 19
So	13.03.	10.00 Uhr	Gedenken zum 66. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches, Zella-Mehlis, ehemaliger Mehliher Friedhof
So	13.03.	17.00 Uhr	60 Jahre Musikschule Suhl: Kabarett Magdeburger Zwickmühle mit Marion Bach „MEINS wie es sinkt und kracht“, Tanzgalerie Suhl
Mo	14.03.	18.00 Uhr	Regionalkonferenz Südthüringen zur Gebietsreform, Schalkau, Thüringer Hof
Mi	16.03.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV mit Gunnar Decker, Suhl, Kulturbaustelle
Mo	21.03.	17.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung mit Stefan Liebich Hotel Thüringen
Di	22.03.	17.30 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle

„1965 - Der kurze Sommer der DDR“

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und des Gesprächsforums Alternativ Suhl mit Autor Gunnar Decker
Mittwoch, 16.03.2016, 19.00 Uhr, Kulturbaustelle

Es war ein kurzer Sommer. Mitte der Sechzigerjahre versuchte die DDR, sich aus der Umklammerung durch die Sowjetunion zu befreien und ihrer Wirtschaft, ihren Künstlern und Intellektuellen größere Freiräume zuzugestehen. Doch auf dem berühmten „Kulturplenum“ im Dezember 1965 setzten sich die Hardliner um Honecker durch. Es gab nicht nur einen Kahlschlag in Kultur, Kunst und Jugendpolitik, in der Folge wurde das „Neue ökonomische System“, Ulbrichts ehrgeiziger Modernisierungsversuch, abgebrochen. Für Gunnar Decker setzt damals jene innere Erosion ein, die 1989 zum Zusammenbruch des deutschen Sozialismus führte. Deckers Buch ist eine aufwühlende und nachdenklich stimmende Lektüre! (ISBN 978-3-446-24856-4; 26,00 EUR)

Performance

„Rosa Luxemburg – ein fiktives Interview über Krieg, Demokratie und Liebe“

Mit Heidemarie Schwalbe und Herbert König

Freitag, 04.03. 2016, 20.00 Uhr, Kulturbaustelle

MdL Ina Leukefeld lädt ein zum Erwerbslosenfrühstück mit Inge Hannemann

Freitag, 11.03.2016, 9.30 Uhr

Wer sie nicht kennt: Inge Hannemann war die Mitarbeiterin des Jobcenters Hamburg, die die Sanktionspraxis der Jobcenter nach §§ 31 und 32 SGB II entschieden kritisiert hat. Infolgedessen wurde sie von ihrem Arbeitgeber bis auf weiteres freigestellt. Seit März 2015 ist sie Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft, Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

MEINS wie es sinkt und kracht

Ein Wiedersehen mit Marion Bach und dem Kabarett Magdeburger Zwickmühle zum 60. Jubiläum der Musikschule Suhl

Sonntag, 13.03.2016, um 17.00 Uhr in der Tanzgalerie Suhl

Marion Bachs künstlerische Karriere nahm im Gesangsunterricht bei der erfolgreichen Suhler Musikschulpädagogin Hannelore Schlegelmilch ihren Anfang.

Eintrittskarten zum Vorverkaufspreis in der Städtischen Musikschule „Alfred Wagner“, Rimbachstraße 43 und in der Tourist Information CCS, Friedrich-König Straße 7 Suhl

**Die SAZ nach dem Lesen
bitte weitergeben!**